

Leserbriefe

Jetzt braucht es eine kantonale Steuerreform

Zu «Rekordüberschuss für den Kanton Schaffhausen», SN vom 16. 3.

Die Unternehmenssteuerreform III ist gescheitert. Die Angst, dass der Mittelstand dafür die Zeche zahlt, war zu gross (aber unberechtigt: Im Finanzplan des Kantons waren die Ausfälle eingerechnet und trotzdem schwarze Zahlen ausgewiesen). Schwamm drüber. Aber der Handlungsbedarf bleibt weiterhin bestehen.

Die Staatsrechnung 2016 weist dank den Super-Steuerzahlern unter den juristischen Personen einen Rekordüberschuss von über 50 Millionen Franken aus. Zu Recht werden 33 Millionen Franken davon auf die Seite gelegt, um in den nächsten Jahren Schwankungen bei den Steuererträgen der juristischen Personen auszugleichen. Zum Beispiel, weil wir eine kantonale Unternehmenssteuerreform an die Hand nehmen! Und zwar ohne die Hilfe aus Bern (Sie erinnern sich, wir hätten dafür pro Jahr zehn Millionen Franken aus Bern bekommen). Die steuerzahlenden juristischen Personen haben uns den Handlungsspielraum dafür eröffnet. Diesen Steilpass müssen wir jetzt aufnehmen und mit einer kantonalen Unternehmenssteuerreform zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Einerseits entlasten wir uns dadurch vom Druck aus dem Ausland (Stichwort: Abschaffung von Steuerprivilegien für Holdinggesellschaften). Und andererseits steigern wir so die Attraktivität unseres Kantons für neue Unternehmen (Stichwort: Reduktion des Steuersatzes für Unternehmen). Und dies alles ohne Belastung der kleinen Steuerzahler. Da muss ja sogar die SP zustimmen.

Christian Heydecker
Schaffhausen

Änderung beim Heimatschutz überdenken

Zur Kantonsratsitzung vom nächsten Montag

Am Montag stimmt der Kantonsrat über das Natur- und Heimatschutzgesetz ab. Unsere zukünftige Siedlungspolitik hängt davon ab.

Der Kanton verlagert die Verantwortung für schützenswerte Gebäude mit lokaler Bedeutung an die Gemeinden. Es gibt aber Gemeinden, die kein Schutzinventar haben. Diese sollten Stellungnahmen der Denkmalpflege einholen, damit sie überhaupt wissen, was schützenswert ist und was nicht. Die Denkmalpflege verfügt über das dazu nötige Wissen und die nötige Erfahrung.

Das bisher vorliegende Gesetz lässt jedoch offen, ob eine Gemeinde überhaupt eine Fachstelle beiziehen will und welche Fachstelle konsultiert wird. Die Degradierung der kantonalen Denkmalpflege zu einer fakultativen Beratungsstelle ist kontraproduktiv! Denn mit der Kompetenzabgabe verliert der Kanton den notwendigen Überblick über die Schutzwürdigkeit zusammenhängender Gebiete und Ensembles. Durch die damit verbundene Rechtsunsicherheit wird vermehrt der Rechtsweg beschritten werden, was erhebliche Kosten verursachen wird.

Das von der Kommission vorgelegte Natur- und Heimat-

schutzgesetz mit den schwachen «kann»-Formulierungen und dem Wegfall des Rekursrechts für den Kanton öffnet der Willkür Tür und Tor! Der Kantonsrat täte gut daran, diese Überlegungen in der Debatte zu berücksichtigen.

Katharina Müller
Schaffhausen

Vom Paradeplatz nach Herblingen

Zur Verlagerung von UBS-Mitarbeitern nach Schaffhausen

Kanton und Stadt dürfen sich davon nicht blenden lassen, wenn dereinst 500 Mitarbeiter der Grossbank UBS von Zürich in den Bürobau in Herblingen Solenberg umgesiedelt werden. Die Verschiebung oder Auslagerung von Personal in die Peripherie hat finanzielle Gründe. Es geht um Einsparungen, denn es locken abseits der Stadt Zürich in Herblingen günstigere Mieten und Raumkosten und zudem ein tieferes Lohnniveau.

Der Kanton und die Stadt Schaffhausen könnten sich an Steuereinnahmen erfreuen. Es gilt aber zu berücksichtigen, dass der Zuwachs an Einwohnern auch eine finanzielle Mehrbelastung bedeuten kann, so durch den sich ergebenden Ausbau des Schulwesens. Real überlegt stellt sich die Frage, ob die Zürcher tatsächlich aus ihrer Weltstadt und dem Arbeitsplatz beim Paradeplatz nach Schaffhausen und in den eher öden Bürotrakt Solenberg umziehen wollen. Durch die flexible Arbeitszeit ist Pendeln durchaus ein Lichtblick.

Flexibilität ist ohnehin bei den Banken angesagt, die auch darin besteht, dass die Mitarbeiter temporär beschäftigt werden. Die Digitalisierung ermöglicht diese Entwicklung, die vieles in der modernen Arbeitstätigkeit ändern wird. Es ist dies keine Schwarzmalerei.

Arthur Müller
Schaffhausen

Keine Tiger mehr im Zirkus

Zu den Vorführungen des Circus Royal in Neuhausen

Der Circus Royal präsentiert am 21. und 22. März 2017 in Neuhausen am Rheinfluss fünf prächtige Königstiger unter dem Motto «Im Zeichen des Tigers». Es kann in der heutigen Zeit nicht angehen, dass es immer noch unbelehrbare Zirkusmacher gibt, welche Tiger auf engstem Raum halten, dressieren und dem Publikum vorführen. Im schönen farbigen Prospekt des Circus Royal kann man lesen, dass «den Tieren ein Zuhause gegeben wird». Das einzige Zuhause, welches diese freiheitsliebenden und sich nur in der Wildnis wohlfühlenden Tiger brauchen, ist ihr normaler Lebensraum im Dschungel von Indien, zum Teil auch in Bangladesch, Nepal und in Bhutan. Der Tiger bevorzugt dichte Vegetation und die Nähe zu Wasser. Dies ist in einem Zirkus absolut nicht möglich und bedeutet für die Tiger riesigen Stress und ist für mich Tierquälerei.

Und darum: kein Applaus für Tierquälerei. Wer Tiere respektiert, geht nicht in den Circus Royal. Ich werde diesen Zirkus niemals besuchen und würde mich freuen, wenn auch Sie sich dies überlegen würden.

Peter Schmid
Neuhausen am Rheinfluss



Mit der Sanierung habe das Parlament auch gleich wieder Mehrausgaben beschlossen, sagt der Schaffhauser SVP-Nationalrat Thomas Hurter. Das geschnürte Paket blende die Fakten der Zukunft völlig aus.

Bild Key

Die AHV-Reform: Ein Rettungsanker – oder doch nicht?

Leider ist die Rentenreformvorlage kein grosser Wurf. Vor über drei Jahren wurde sie in Angriff genommen. Während rund eines Jahres gab es Kommissionssitzungen und parlamentarische Beratungen dazu. Bis zum Schluss waren die Differenzen so gross, dass es eine Einigungskonferenz brauchte. Normalerweise sind in den Einigungskonferenzen nur zwei oder drei Differenzen zu beraten. Bei dieser Vorlage waren es weit mehr, und das zeigt, dass es in den Vorberatungen nicht gelungen ist, sich auf das Wesentliche zu einigen.

Dabei ist die Ausgangslage mehr als klar. Unser hervorragendes Sozialwerk, die AHV, wird ohne Massnahmen 2030 praktisch pleite sein. Dies ist unter anderem die Folge des Umlageverfahrens, das darauf basiert, dass die arbeitende Bevölkerung der pensionierten Bevölkerung die Beiträge bezahlt und in 10 bis 15 Jahren die bevölkerungsstarken Jahrgänge in Pension gehen werden. Wir haben heute ein Defizit von rund einer Milliarde, das sich bis 2030 auf 40 Milliarden Franken anhäufen wird. Der AHV-Fonds wäre dann praktisch aufgebraucht. Sollte dieser wieder geöffnet werden, bräuchte man zusätzlich noch einmal 53 Milliarden Franken. Dies zu finanzieren wird unmöglich sein.

Leider wurde verpasst, wesentliche Elemente, die von unserer Bevölkerung mit Sicherheit getragen würden, wie zum Beispiel die Angleichung des Rentenalters der Frau auf 65 (bringt in etwa 1,3 Milliarden Franken) und die Senkung des Umwandlungssatzes von

Eine der wichtigsten Vorlagen der gestern zu Ende gegangenen Frühlingssession ist mit Sicherheit die AHV-Revision. Dank einem Zufallsmehr von nur gerade einer Stimme konnte die Schuldenbremse gelöst werden, und die Vorlage wird nun vom Volk beurteilt werden.

VON THOMAS HURTER

utopischen 6,8 Prozent auf immer noch utopische 6 Prozent bei den Pensionskassen, separat zu behandeln. Am Schluss war das Paket so überladen, dass es zu viele Gegner gegeben hat. Man beschloss sogar noch ein Zückerchen von 70 Franken für Neurentner, sodass neben einer AHV-Zweiklassengesellschaft auch gleich noch massive Mehrausgaben entstehen.

Somit hat das Parlament mit der Sanierung gleich wieder Mehraus-

gaben beschlossen, die ab 2030 unsere AHV aufs Massivste gefährden werden. Man könnte sogar sagen, dass das Parlament ein Paket geschnürt hat, das die Fakten der Zukunft völlig ausblendet. Es ist ein Schildbürgerstreich, zu sanieren und gleichzeitig Mehrausgaben zu beschliessen.

Egal wie schlussendlich das Stimmvolk entscheiden wird, eine zweite Revision wird unumgänglich sein, und zwar in beiden Fällen relativ schnell. Bei einem Nein müsste man versuchen, die am wenigsten umstrittenen Punkte (Angleichung Rentenalter, Senkung Umwandlungssatz) wieder aufs Tapet zu bringen. Bei einem Ja hätte sich das Parlament bereits in den kommenden Jahren mit der AHV nach 2030 zu befassen, ansonsten wird unser Jahrhundertsozialwerk der Vergangenheit angehören.

Die sehr knappe Abstimmung im Parlament lässt darauf schliessen, dass auch die Bevölkerung in dieser Frage geteilt sein wird. Schlussendlich wird vermutlich jede Stimmbürgerin und jeder Stimmbürger seine eigene Situation beurteilen, obschon die AHV ein Generationenwerk ist und von der Solidarität der jungen und der älteren Bevölkerung sowie der Frauen und der Männer lebt. Es ist daher angebracht, dass wir uns unabhängig vom Abstimmungsausgang Gedanken machen, wie wir dieses einmalige Sozialsystem auch für unsere jüngere Generation aufrechterhalten können.

Thomas Hurter ist Schaffhauser SVP-Nationalrat.

Presseschau Niederländer bremsen Geert Wilders aus

Die viel diskutierte Eliten-Kritik beschränkt sich in den Niederlanden darauf, dass die bisher mitregierenden Sozialdemokraten eine herbe Wahl-



niederlage einfangen. Der rechtsliberale Premierminister Mark Rutte wird aber bestätigt. Die heftige Debatte um die Rechtspopulisten in Europa hat die Stimmbürger massiv mobilisiert. Die Wahlen wurden mit einer Wahlbeteiligung von 80 Prozent zu einem Fest der Demokratie. Und diese Wahlen sind damit ein Sieg der Toleranz, ein Sieg der Vernunft und auch ein wenig ein Sieg für die Europäische Union. (Blick)

In der Wahlnacht erklärte Ministerpräsident Rutte, er sei glücklich darüber, dass sich der «schlimme Populismus» nicht als stärkste politische Kraft in



den Niederlanden durchgesetzt habe. Soll das bedeuten, dass es auch einen guten Populismus gibt? Ausserdem war es auch nicht eben ermutigend zu beobachten, wie Rutte im Wahlkampf teilweise die Rhetorik des Rechtspopulisten Wilders übernahm. Das mag ihm den Wahlsieg eingebracht haben, aber inhaltlich war es erbärmlich. (Trouw)

In den Niederlanden haben die Deiche gegen den Nationalpopulismus gehalten. Das heisst nicht, dass die EU in alten Trott zurückfallen darf. Die



Rechtsnationalisten sind gebremst worden. Doch gestoppt sind sie nicht. Vielmehr lauern sie auf die nächste Gelegenheit, wieder loszustürmen. Die Moderaten, die Pro-Europäer haben nur Zeit gewonnen, die Probleme anzugehen, welche die Bürger drücken. Das Jahr der Wahlentscheidungen geht weiter. (Süddeutsche Zeitung)